W. Jahrgang. Nr. 546 Sonntag, 20. November 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck u. Verlag: Sievich & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Hindenburgs Unterredung mit Hitler

Die Verhandlungen werden fortgesetzt

Die amtliche Verlautbarung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag Herrn Adolf Hitler zu einer Besprechung über die politische Lage. Die Aussprache dauerte über eine Stunde. Es wurde in Aussicht genommen, sie in den nächsten Tagen fortzusetzen.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler eine Stunde und 10 Minuten gedauert. Auf der Seite Hitlers hat niemand weiter an ihr teilgenommen. Sie vollzog sich zunächst zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler unter vier Augen. Nach kurzer Zeit wurde dann Staatssekretär Meißner zugezogen. Der Inhalt der Unterredung erstreckte sich auf eine Darlegung der gegenseitigen Auffassungen. Da die Besprechungen noch nicht abgeschlossen sind, werden sie in der nächsten Woche fortgesetzt.

Zu dem mit großer Spannung erwarteten Besuch beim Reichspräsidenten fuhr Hitler kurz vor ½12 Uhr in Begleitung Görings vor der Reichskanzlei vor. In der Reichskanzlei hatten sich auch die Abgeordneten Straßer und Dr. Frick eingefunden. In Erwartung des nationalsozialistischen Führers hatte sich eine große Menschenmenge vor der Reichskanzlei eingefunden, die beim Vorfahren Hitlers in stürmische Heilrufe ausbrach.

Die Polizei brauchte Absperrungsmaßnahmen nicht vorzunehmen und war vollständig unsichtbar aufgestellt.

Auch die Aussprache mit Hitler fand im vertraulichsten Rahmen statt. Hindenburg will sich bei seinem ernstgemeinten, aber sicherlich letzten Versuch, die Rechtsparteien mit den bürgerlichen Mittelparteien zu einer nationalen Konzentration zusammenbringen, durch nichts stören lassen. Der Erfolg dieses Versuches dürfte von der Aussprache Hindenburgs mit Hitler abhängen. Die nationalsozialistische Presse aller Schattierungen beweist bereits seit den letzten 24 Stunden die denkbar größte Zurückhaltung. Lediglich ein Aufsatz des nationalsozialistischen preußischen Fraktionsführers Kube fiel als Dissonanz in dieses allgemeine Schweigen. Die nationalsozialistische Parteileitung hat aber inzwischen Vorkehrungen getroffen, daß durch keinerlei Zeitungsartikel die Verhandlungen gestört werden können. — Am Nachmittag, nach der Aussprache mit Hitler, wird dann der Reichspräsident als Vertreter der Bayrischen Volkspartei den Staatsrat Schäffer empfangen.

Inzwischen haben sich auch sämtliche maßgeblichen Unterführer der Nationalsozialistischen Partei in Berlin versammelt. Hauptquartier ist, wie früher, der „Kaiserhof", von dem es ja bis zum jetzigen Wohnsitz des Reichspräsidenten nur wenige Schritte sind. Man rechnet damit, daß am morgigen Sonntag oder am Montag

eine Konferenz der maßgeblichen nationalsozialistischen Persönlichkeiten

entweder im Reichstag oder im Hause des Reichstagspräsidenten stattfinden wird. Schon gestern abend ist der frühere Reichstagspräsident Göring, der vielleicht bei diesen internen nationalsozialistischen Besprechungen eine wichtige Rolle spielen wird, in Berlin eingetroffen. Hitler hatte ihn so schnell als möglich nach Berlin beordert. Der italienische Luftfahrtminister Balbo stellte ihm ein Sonderflugzeug zur Verfügung, das ihn noch gestern mittag nach Venedig brachte. Dorthin hatte ihm Hitler ein Junkersflugzeug entgegengeschickt, so daß Göring noch in den Abendstunden des Freitags in Berlin eintreffen konnte.

Vor der Besprechung Hindenburgs mit Hitler hatte der

Abg. Göring eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner.

Diese Unterredung dauerte etwa eine Viertelstunde und war 11,10 Uhr beendet. Die TU. erfährt hierzu noch, daß im Zusammenhang mit dem Empfang Hitlers durch den Reichspräsidenten in Berlin bereits Gerüchte verbreitet waren, wonach auf Grund einer Unterredung zwischen General v. Schleicher und Hitler dieser bereit sein würde, zugunsten Schleichers auf das Kanzleramt zu verzichten. Diese Gerüchte sind reine Kombinationen. Eine Einigung in der Frage der Neubildung der Regierung ist noch nicht erfolgt und wird auch erst in einigen Tagen zu erwarten sein. Kommt eine Einigung zwischen Hitler und dem Reichspräsidenten zustande, müßte im übrigen erst noch eine Einigung mit den anderen Parteien erfolgen. Außerdem verlautet aus nationalsozialistischer Quelle, daß Hitler nach wie vor zunächst darauf dringen wird, selbst mit dem Kanzleramt betraut zu werden.

Kurz nach 12,30 Uhr verließ der Wagen Hitlers wieder die Reichskanzlei. Die Menschenmenge durchbrach die polizeilichen Absperrungen und umringte unter stürmischen Heilrufen den Wagen Hitlers, der nur zentimeterweise vorwärtskommen konnte. Die Polizei war nicht in der Lage, den Wagen frei zu machen, so daß die wenige hundert Meter betragende Entfernung zwischen Reichskanzlei und Kaiserhof, dem Sitz der nationalsozialistischen Führerschaft, nahezu eine Viertelstunde dauerte. Vor dem Kaiserhof selbst ballte sich wieder eine große Menschenmenge zusammen, die das Deutschlandlied und dann das Horst-Wessel-Lied anstimmte. Der Verkehr um den Wilhelmplatz und um die Wilhelmstraße war über eine Viertelstunde vollständig stillgelegt. Ueber das Ergebnis der Aussprache mit dem Reichspräsidenten wird von allen Seiten vollständiges Stillschweigen bewahrt. Die Nationalsozialisten hoffen, daß der Reichspräsident Hitler zum Reichskanzler ernennen wird. Zuverlässige Aeußerungen darüber liegen jedoch noch nicht vor.

Die erste Etappe der Parteiführerempfänge

Berlin, 19. Nov. Die Verhandlungen des Reichspräsidenten werden nun so weitergehen, daß er zunächst heute nachmittag noch den Staatsrat Schäffer für die Bayrische Volkspartei empfängt. Damit ist die erste Etappe der Besprechungen abgeschlossen, und der Reichspräsident wird sich dann in den nächsten Tagen über sein weiteres Vorgehen schlüssig werden. Der morgige Sonntag ist eine natürliche Verhandlungspause; aber auch

für Montag sind noch keine weiteren Besprechungen in Aussicht genommen.

Die Ueberlegung des Reichspräsidenten bewegt sich jetzt wohl vor allem in der Richtung, ob er selbst auch im nächsten Stadium mit den Parteien verhandelt, oder ob er einen Mittelsmann auswählt, der die weiteren Verhandlungen in seinem Auftrag zu führen hätte. Nach Auffassung unterrichteter politischer Kreise sind beide Möglichkeiten gegeben. Hitler selbst hat nicht die Absicht, nun von sich aus mit den anderen Parteien direkte Verhandlungen aufzunehmen. Das scheint sich in seiner Unterhaltung mit dem Reichspräsidenten ergeben zu haben. Das wesentlichste Resultat der Besprechung zwischen ihm und dem Reichspräsidenten dürfte darin zu sehen sein, daß die Fühlung mit ihm noch nicht zu Ende ist. Es ist bekannt, daß die Auffassung des Reichspräsidenten und die Adolf Hitlers über die innerpolitische weitere Entwicklung voneinander abweicht. Der Verlauf der heutigen Besprechung hat aber die Möglichkeit zu einer Fortsetzung der Fühlungnahme noch offengelassen.

Die Stunde der Führer

Während der Krise einer Präsidialregierung ist es nicht anders, als in den Zeiten einer gewöhnlichen parlamentarischen Krise: sie bringt Hochkonjunktur für die Pläne- und Ränkeschmiede und für die Fabrikanten von Gerüchten aller Art. Aber diese üppig wuchernden Kombinationen tragen, woher sie auch kommen mögen, alle den gleichen Stempel: gemacht in der Interessenwerkstatt. Fast immer ist dabei ein Wunsch der Vater des Gedankens. Was die Interessenten wollen, scheint ihnen das einzig Mögliche, die Lösung, die sie nicht wollen, führt unvermeidlich zur Katastrophe. Mit solcher Einseitigkeit kommt man nicht zum Ziel der nationalen Einigung, um derentwillen der Reichspräsident das Risiko dieser Krise auf sich genommen hat. Es ist im Sinne seiner ernsthaften Bemühungen auch nicht zweckdienlich, wenn die politischen Faktoren, deren ehrlicher Mithilfe er bedarf, in entgegengesetzte Fehler verfallen, indem die einen den schlechten Willen der Parteien als gegeben voraussetzen und die nationale Konzentration als unmöglich verschreien, während die anderen die Schwierigkeiten unterschätzen und ihrer Pflicht genügt zu haben glauben, wenn sie personelle oder sachliche Forderungen mit Nachdruck erheben. Solche Manöver sind um so zweckloser, als die Entscheidung, wie von allen Seiten übereinstimmend festgestellt wird, allein bei Hindenburg liegt und dieser sich bekanntlich nicht von Einflüsterungen oder Drohungen, sondern nur von seinem Pflichtgefühl und Verantwortungsbewußtsein bestimmen läßt.

Eine von parteipolitischen Wünschen unbeschwerte Betrachtung der Lage muß davon ausgehen, daß der Reichspräsident die breite nationale Konzentration so nachdrücklich anstrebt, daß er diesem Ziel das immer noch von seinem Vertrauen getragene Präsidialkabinett geopfert hat in dem Augenblick, in dem er einsehen mußte, daß die Person des Reichskanzlers ein unüberwindliches Hindernis war. Nach diesem Entgegenkommen Hindenburgs an die Parteien genügt es aber nicht, wenn diese die Stimmen der parlamentarischen Gruppen vom Zentrum nach rechts zusammenzählen und feststellen, daß hier eine ausreichende Basis für ein neues Präsidialkabinett nach ihrem Geschmack vorhanden sei. Ganz abgesehen von der Frage nach dem Führer, dessen Bestimmung verfassungsmäßig dem Reichspräsidenten zusteht, muß ihm auch ein gemeinsames Arbeitsprogramm unterbreitet werden, mit dem die neue Regierung das von den maßgebenden Parteien abgelehnte Papenprogramm ersetzen oder ergänzen kann. Der Erfolg, den die Opposition über Papen errungen zu haben glaubt, würde sich sehr schnell als ein Pyrrhussieg herausstellen und die Regierungskrise würde sich in eine Krise der Parteien verwandeln, wenn diese nach ihrer negativen Leistung nicht auch eine positive zustandebrächten durch die Ausarbeitung der personellen und sachlichen Grundlage für eine nationale Notgemeinschaft, deren Sachwalter mit starker Hand und auf lange Sicht, die politische Front nur gegen links gerichtet, die Wendung zum Aufstieg in Deutschland herbeiführen.

Zur Bewältigung dieser Aufgabe werden die Parteiführer nach dem Abschluß der Einzelempfänge beim Reichspräsidenten einige Tage Zeit haben. Wenn sie zu keinem brauchbaren Ergebnis kämen, dann wäre die Frage nach der Arbeitsfähigkeit des neuen Reichstages schon vor seinem Zusammentritt verneint, und es könnte kein Zweifel mehr bestehen, daß dann ein echter Staats- und Verfassungsnotstand gegeben wäre, der ohne und gegen die Volksvertretung zu einem autoritären Regiment über Deutschland führen müßte. Gewisse Befürworter eines solchen Systems behaupten, daß Papen nur zurückgetreten sei, um einen neuen Anlauf in dieser Richtung zu nehmen. Er soll angeblich von der Aussichtslosigkeit einer nationalen Konzentration mit den Parteien überzeugt sein und damit rechnen, daß er vielleicht unter teilweiser Umbildung seines Kabinetts wieder eingesetzt wird, wenn der Beweis für die Unfähigkeit der Parteien vor der Oeffentlichkeit erbracht ist, ohne daß er dabei die Hand im Spiel gehabt hat und nachträglich zum Sündenbock gemacht werden kann. Diese Darstellung beruft sich auf die unverminderte Aktivität der Regierung im Hinblick auf ihre Pläne zur Verfassungsreform, und auf Bemühungen, die sie nach dem Rücktritt gemacht haben soll, um unter den Berufsverbänden neue Bundesgenossen zu gewinnen. Trotzdem muß auch diese Version in die Reihe der störenden Interessentenwünsche verwiesen werden. Denn es ist schon unwahrscheinlich, daß Papen ein solches Spiel treibt, und völlig unvereinbar mit Hindenburgs Charakterbild, daß er in eigener Person mit den Parteien nur Scheinverhandlungen führt, um ihnen nach deren erwarteten Scheitern mit größerem moralischen Recht die alte Regierung wieder aufzwingen zu können. Ganz sicher will er den nationalen Parteien eine ernste, aber auch letzte Chance bieten. Wenn sie versagen sollten, dann hätte er allerdings nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, für eine andere

Paris will die deutsche Einfuhr beschränken

Französischer Druck auf die deutsche Regierung

Paris, 19. Nov. Der französische Handelsminister hat in einer Sitzung, an der eine Reihe höherer Beamter teilnahm, dem Direktor Elbel, dem Führer der französischen Abordnung, die sich nach Berlin begibt, um über die zukünftige Gestaltung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen zu verhandeln, die letzten Richtlinien gegeben. Frankreich strebt vor allem die Wiederherstellung seiner Tariffreiheit an, wünscht aber gleichzeitig das Gleichgewicht zwischen dem gegenseitigen Warenaustausch, der zur Zeit für Deutschland aktiv ist, herzustellen. Da die Berliner Verhandlungen den Auftakt für die Verhandlungen Frankreichs mit einer Reihe anderer Staaten bilden, haben sie für Paris eine grundsätzliche Bedeutung.

Mit der sichtbaren Absicht, einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, wird am Vorabend der Verhandlungen von Pariser Blättern die Möglichkeit der

Kündigung des Handelsvertrages

erwogen, wenn Deutschland nicht auf die zahlreichen gebundenen Einzelpositionen verzichten wolle. Das „Echo de Paris" erklärt, zur Erreichung des Gleichgewichtes im gegenseitigen Warenaustausch müsse von Deutschland eine Milderung der Devisenvorschriften und die Aufhebung gewisser Einfuhrbeschränkungen gefordert werden. Sollte die deutsche Regierung sich auf diesem Gebiet ablehnend verhalten, wäre

Frankreich gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, die die deutsche Einfuhr nach Frankreich treffen würden.

Gegenstand der bevorstehenden Verhandlungen sollen ferner angebliche Dumpingversuche deutscher Ausfuhrfirmen auf den französischen Markt sein. Die angedrohten Gegenmaßnahmen sind in erster Linie als Druckmittel aufzufassen, da an zuständiger Stelle an sich das Bestreben vorhanden ist, zu einem beiderseitigen Einvernehmen zu gelangen, ohne daß der Vertrag einseitig gekündigt werde.

SLUB
Wir führen Wissen.